



Landtags-Infoblatt

Hände weg von der Mindestsicherung!

Mit falschen Zahlen wird Stimmung gemacht, letztendlich geht es um Lohnsenkungen für alle.

Mit unrealistischen Beispielen und falschen Zahlen wird seit Monaten Stimmung gegen die Mindestsicherung gemacht. ÖVP, SPÖ und die FP überbieten sich im Wettbewerb, wie unter dem Deckmantel des Kampfes gegen eine angebliche „soziale Hängematte“ niedrigere Löhne für alle durchgesetzt werden können.

Vor wenigen Jahren wurde die Mindestsicherung als „sozialpolitischer Meilenstein“ gefeiert, obwohl sie gegenüber der vorher geltenden Sozialhilfe eine Verschlechterung darstellte. Tatsache ist, dass die meisten Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung arbeiten, aber so wenig verdienen, dass sie davon nicht leben können.

Mit der Einführung der Mindestsicherung, so wurde von den Verantwortlichen versprochen, würden die Menschen auch stärker unter Druck gesetzt, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Die Zumutbarkeitsbestimmungen zur Aufnahme von Arbeit wurden jenen der Notstandshilfe angeglichen, also massiv verschärft. Die Sanktionsdrohungen wurden ausgeweitet, sodass die Leistung im Regelfall schrittweise auf die Hälfte und im Einzelfall auf Null reduziert werden kann.

Jahre nach Einführung der

Mindestsicherung steht man wieder vor dem Dilemma, dass in manchen Jobs nicht mehr zu verdienen ist, als die Mindestsicherung ausmacht. Heute verdienen 25% der unselbständig Beschäftigten (Vollzeit) weniger als 1.277 Euro im Monat, 10% verdienen sogar weniger als 721 Euro. 25% der Teilzeitbeschäftigten verdienen monatlich weniger als 656 Euro. In den Jahren 1995 bis 2012 verlor das unterste Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen 34% seines Einkommens, was einem Rückgang von 2,9 auf 1,9% der gesamten erwirtschafteten Einkommen entspricht. (Das oberste Fünftel steigerte seinen Anteil gleichzeitig um 44,4 Prozent auf 47,6 Prozent aller erwirtschafteten Einkommen.)

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**: „Es stimmt: Die Löhne und Gehälter in Österreich sind generell zu niedrig. Deshalb wird auch immer kritisiert, dass jemand fürs ‚Nichtstun‘ besser bezahlt wird als fürs Arbeiten. Daran ist aber nicht die Mindestsicherung schuld. Der Skandal ist, dass es viele Menschen gibt, die für ihre Arbeit weniger bezahlt bekommen als die Mindestsicherung ausmacht. Sinkt die Mindestsicherung, werden auch die Löhne und Gehälter weiter sinken, weil dann noch mehr Menschen gezwungen sind, auch extrem schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Hier wird mit Absicht eine Spirale des Lohndumpings in Gang gesetzt. Es geht um die Etablierung eines Niedriglohnssektors in Österreich.“

Eine Kürzung der Mindestsicherung wird die Budgetprobleme der öffentlichen Hand nicht lösen. Die Ausgaben machen österreichweit lediglich 0,8 Prozent des Budgets aus. Es sind die zu geringen Löhne und Gehälter, die für die arbeitenden Menschen besonders im unteren Bereich der Einkommen sinkende Kaufkraft und für die sozialen Sicherungssysteme sinkende Beiträge bedeuten. In der Steiermark 60.000 Menschen arbeitslos gemeldet oder in Schulungsmaßnahmen. Billigjobs sind keine Alternative zu gerecht bezahlten Einkommen, die die Produktivität unserer Wirtschaft widerspiegeln.

Folgende Fakten werden in der Diskussion kaum beachtet:

Laut Sozialministerium beträgt die durchschnittlich ausbezahlte Mindestsicherung 310 Euro pro Person bzw. 520 Euro pro Haushalt. Denn 66 Prozent der Bezieher/innen erhalten die Mindestsicherung nur als Aufzahlung auf ein vorhandenes, zu geringes Einkommen.

Laut Armutskonferenz bleiben heute jemandem, der von der Mindestsicherung leben muss, nach Abzug der Fixkosten, pro Tag gerade 4 Euro für Essen und alle Güter des täglichen Bedarfs übrig.

Bei der Mindestsicherung sind nur mehr 25 Prozent für angemessene Wohnkosten vorgesehen, sodass nur knapp 210 Euro für Miete zur Verfügung stehen. Die Mindestsicherung wird außerdem nur mehr zwölf-, und nicht wie die Sozialhilfe 14mal pro Jahr ausbezahlt.

Eine Kürzung und pauschale Deckelung der Mindestsicherung ist daher kategorisch abzulehnen. Vielmehr sollte die Mindestsicherung, entsprechend dem Verschlechterungsverbot der geltenden Vereinbarung gem. Art.15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung, auf das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe angehoben und 14 Mal pro Jahr ausbezahlt werden. Besonders unseriös ist die nun versuchte Vermischung der Mindestsicherung



mit dem Thema Integration.

Im Steirischen Sozialbericht 2009/2010 wurden 142.000 SteirerInnen als armutsgefährdet genannt, im November 2014 ist die Zahl bereits auf 156.000 angewachsen. Jede 7. Steirerin, jeder 7. Steirer ist also armutsgefährdet. Besonders erschreckende Daten lieferte vor zwei Jahren eine Studie der Volkshilfe über Kinderarmut in Österreich: Jedes sechste Kind wächst in Armut auf, die Eltern können sich Wohnung, Heizung und Essen nur mit Mühe leisten. Die Zukunftschancen dieser Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Situation oft ausgegrenzt werden, sind stark beeinträchtigt. Die KPÖ wird im Rahmen der Debatte um die Mindestsicherung Vorschläge einbringen, wie die Situation dieser Kinder verbessert werden kann.

Landeshauptmann Schützenhöfer bereitet trotzdem (mit erfundenen Zahlen: eine Familie mit drei Kindern würde 2500 Euro beziehen, was nach den geltenden Bestimmungen gar nicht möglich ist) eine weitere Kürzung auf dem Rücken von Kindern vor, indem er für eine Deckelung der Mindestsicherung eintritt, die ausschließlich für Familien mit Kindern gelten würde. „Bei den Leistungen für Kinder anzusetzen ist aufs Schärfste zu verurteilen. In der Steiermark hat die Armut von Kindern und Jugendlichen schon lange eine beschämende Dimension angenommen“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

KPÖ: Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung stärken!

Der Tätigkeitsbericht der Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung war am 19. Jänner Thema im steirischen Landtag. Darin ist zu lesen, dass diese wichtige Einrichtung personell und räumlich nicht ausreichend ausgestattet ist. Die KPÖ stellte daher den Antrag, diesen Missstand zu beheben.

Aktuell werden dem Anwalt für Menschen mit Behinderung lediglich eine zu 50% beschäftigte diplomierte Sozialarbeiterin sowie eine zu 75% beschäftigte Juristin zur Seite gestellt. Die Nachfrage ist unverändert hoch, über 100.000 Steirerinnen und Steirern sind mit unterschiedlichen Problemstellungen konfrontiert. Die Personalsituation macht es für die Anwaltschaft unmöglich, ihren Auftrag in vollem Umfang wahrzunehmen.

Sämtliche Interventionen der Anwaltschaft für Menschen mit

Behinderung blieben ergebnislos und bis zum Ende des Berichtszeitraumes auch gänzlich unbeantwortet. Trotzdem erhielt der Antrag der KPÖ keine Mehrheit, er wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Die Politik ist jahrelang in die falsche Richtung gegangen. Auf Kosten von Menschen mit Behinderung wurden unter Regie der SPÖ zahlreiche Verschlechterungen durch den Landtag gepeitscht. Früher war die Steiermark führend mit ihrem Behindertengesetz, das ist leider vorbei. Dass auch die so wichtige Anwaltschaft unter so schwierigen Bedingungen arbeiten muss, zeigt, dass sich die Landesregierung schon lange vom Ziel, Menschen mit Behinderung volle Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, verabschiedet hat.“*

kulturnavi.at abgeschaltet

Die steirische Kultur Service GmbH (KSG) stellte mit Jahresende 2015 ihren Betrieb ab 15. Dezember wurde auch das von ihr betriebene Kunst- und Kulturnavigationssystem www.kulturnavi.at abgeschaltet. Diese Webseite zeigte auf einer übersichtlichen Karte, wo in den steirischen Regionen Kulturangebote existieren und macht dadurch deutlich, was in der öffentlichen Wahrnehmung oft untergeht: dass Kultur auch am

Land ihren Platz hat. Nicht selten werden solche Angebote unter schwierigen Bedingungen und hohem persönlichen Einsatz von Initiativen und Einzelpersonen aufrechterhalten. Sie konnten im Kulturnavi wie in einem virtuellen Reiseführer entdeckt werden.

Die KPÖ forderte daher, die Seite www.kulturnavi.at von der Kulturabteilung des Landes weiterführen zu lassen. Landesrat Buchmann lehnte das im Landtag ab.

Polsterlifte: Kann der Sessellift gerettet werden? Bild: praebichl.at



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Polsterlift: SPÖ und ÖVP ignorieren tausende Unterschriften

Mit Ende der Wintersaison droht die Einstellung des legendären Einser-Sesselliftes auf den Polster und damit des Herzstückes des Alpinsports in der Region Präbichl. Eine Initiative des Leobener KPÖ-Abgeordneten Werner Murgg zur Rettung des Liftes wurde im Landtag von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Grüne und FPÖ stimmten für den Antrag.

LAbg. Werner Murgg: *„Die Einstellung des Einser-Liftes gefährdet auch den Weiterbetrieb der Polster-Hütte. Das wäre ein schwerer Rückschlag für das Ski- und Wandergebiet Präbichl. Es ist*

Bedenkliche Personalentscheidung

Mit Kristina Edlinger-Ploders Wirken als ehemalige Gesundheitslandesrätin verbindet die steirische Bevölkerung vor allem die Einführung des Pflegegresses und die Teilschließung zahlreicher Spitäler. Der Unmut gegen ihre Politik war so groß, dass sie noch vor Ende der letzten Periode aus dem Verkehr gezogen wurde.

Nun wird sie per Dringlichkeitsbeschluss der Landesregierung nach einer Episode im Universitätsbetrieb wieder als „Gesundheitsplanerin“ im mächtigen Gesundheitsfonds beschäftigt – als Teilzeitkraft. Daneben, das gab sie schon vorab bekannt, will sie ein zweites wirtschaftliches Standbein als „Beraterin“ aufbauen. Eine Vor-

gangsweise, die manche an einen Versorgungsposten denken lassen wird.

Für KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist diese Personalentscheidung bedenklich: *„Edlinger-Ploder verkörpert wie kaum eine andere Person die selbstherrliche Politik der früheren ‚Reformpartner‘. Ihr gesundheitspolitisches Ziel war nicht die Sicherung und Verbesserung des steirischen Gesundheitssystems, sondern die größtmögliche Einsparung auf Kosten der Gesundheit. Das böse Erwachen wird für viele steirische Regionen erst kommen, wenn es außerhalb von Graz nur noch Notversorgung gibt – und selbst diese scheint keineswegs flächendeckend gesichert.“*

„FPÖ hat keinen Genierer“

Für Kritik sorgt eine Sonderregelung im Sozialhilfverband Graz-Umgebung. Deren Obmann, ÖVP-Bundesrat Ernst Gödl, erhält künftig eine Gage von 1030 Euro im Monat für seine Tätigkeit im Verband. Vorher wurden lediglich Sitzungsgelder ausbezahlt.

Die FPÖ beklagt sich nun lautstark darüber und beschäftigt auch den Landtag damit. Dabei darf ein wichtiges Detail nicht übersehen werden: Die FPÖ hat die von ihr kritisierte Regelung selbst mitbeschlossen. Sie ist im Sozialhilfverband GU mit mehreren Stimmen vertreten. (Die KPÖ hat keinen Sitz in diesem Gremium.)

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: *„Die FPÖ hat jeden Genierer verloren. Sie hält überall die Hand*

auf und stimmt Privilegien zu, um sich nachher darüber zu entrüsten. Unehrllicher kann man nicht mehr agieren.“



WARNUNG vor der EU
Die EU gefährdet die **Unabhängigkeit und die Neutralität Österreichs.** Die **Sozialsysteme werden verschlechtert und die Demokratie untergraben.**

enttäuschend, dass teure Events ohne jegliche vernünftige Grenze gefördert werden, für die kleineren Schigebiete aber nicht viel Engagement zu bemerken ist.“

Eine Bürgerinitiative hat bereits tausende Unterschriften für den Erhalt des Liftes gesammelt. Sie fordert die Rettung des Liftes im Rahmen eines touristischen Gesamtplanes für die Region Leoben-Eisenerz und fordert alle Verantwortlichen – Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Tourismusverantwortlichen und die Landespolitik – auf, dahingehend tätig zu werden.

Die KPÖ hat angeregt, einen „Runden Tisch Ski- und Wandergebiet Präbichl-Polster“ unter Teilnahme der Bürgermeister der Region Leoben-Eisenerz und der jeweiligen Tourismusverantwortlichen einzuberufen. Die Gemeinde Vordernberg kann die für einen Weiterbetrieb notwendigen Investitionen in Höhe von zwei Millionen Euro nicht aufbringen. Das Land hat sich prinzipiell bereit erklärt, 20 Prozent der Summe als Förderung bereitzustellen. Aber auch die restlichen 1,6 Millionen Euro sind für die Präbichl-Bergbahnen nicht finanzierbar.

Kürzungspolitik gescheitert: Die Defizite steigen, die Schulden bleiben

Auszug aus der Rede von KPÖ-LAbg. Werner Murgg zum steirischen Landesbudget 2016

Wie schaut es nach fünf Jahren „Reformpartnerschaft“ mit Nulldefizit und Schuldenabbau aus? Diesem Ziel wurde alles untergeordnet. Aber gehen wir zuerst zurück zum Doppelbudget 2007/08: Damals betrug die Gesamtschulden – ohne KAGes, Landesimmobilien-gesellschaft etc. – 1,5 Milliarden Euro. Das Defizit betrug 2007 82 Millionen und 2008 90 Millionen Euro. Finanzlandesrat Buchmann hat damals gesagt: „Nach wie vor haben wir das gemeinsame Ziel, 2009 einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen. Das heißt: Keine neuen Schulden!“

Springen wir ins Jahr 2010: Nun betrug die Gesamtschuld 3,7 Milliarden Euro, 2011 4,1 Milliarden, 2012 4,6 Milliarden und 2013/14 5,2 Milliarden Euro. Die damalige Finanzlandesrätin Vollath sagte: „Die Nettoneuverschuldung geht kontinuierlich zurück. Mit dem neuen Doppelbudget sind wir noch nicht am Ziel, aber wir machen wieder einen großen Schritt in die Richtung eines neuen, nachhaltigen Fundaments für eine Steiermark der Zukunft!“ 2015 betrug der Schuldenstand 5,1 Milliarden Euro. Jetzt, 2016, haben wir wieder ein Defizit von zumindest 192 Millionen und Gesamtschulden von über 5 Milliarden Euro.

Wir erinnern uns: Zwischen

2010 und 2015 gab es eine gewaltige Kürzungswelle: Spitäler, Gemeinden, Bezirke, Kürzungen im Behinderten- und Sozialbereich, Schulschließungen, Verkauf der Wohnbaurdarlehen, Einführung von Kindergartengebühren... All das, um angeblich ein Nulldefizit und einen Schuldenabbau zu erreichen. Die Wahrheit ist: Die Defizite steigen, die Schulden bleiben!

In den folgenden Jahren werden wir mit weiteren finanzpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Krise der Steiermark hängt unmittelbar mit der Euro-Krise zusammen. Der Euro spaltet Europa, Euro- und EU-Regime (Stabilitätspakt, Fiskalpakt, „Schuldenbremse“) nehmen den Ländern die Luft zum Atmen. Sie sind Diktate einer neoliberalen, ausgaben-seitigen Budgetsanierung. Es ist offensichtlich, dass seit dem EU-Beitritt in Österreich zehntausende Arbeitsplätze bei Post, Telekom, ÖBB und in der Industrie vernichtet wurden. Gerade die gut bezahlten Arbeitsplätze gingen verloren und „Hungerleiderjobs“ im Tourismus und Dienstleistungsgewerbe wurden geschaffen. Allein in der steirischen Industrie wurden 15.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Wie sollen also die Schulden tatsächlich abgebaut werden? Schauen wir uns das Geldvermögen und die Staatsschulden Ös-

terreichs einmal genauer an: Das Geldvermögen betrug 2014 576,8 Milliarden Euro, das Gesamtvermögen 1,2 Billionen Euro. Davon besitzt das oberste Prozent ungefähr ein Drittel. Die Schulden betrugen 2014 278,1 Milliarden Euro. Dabei steigen Schulden und Geldvermögen im Gleichklang. Natürlich kann man auf die 576 Milliarden Geldvermögen nicht einfach zugreifen wie mit einem Griff in einen Geldtresor. Nicht weil es unstatthaft wäre, sondern weil die Geldblase dann vermutlich platzen würde. Ein großer Teil der „Vermögen“ existiert ja nur als Versprechen auf einen Anteil an zukünftig von den arbeitenden Menschen herausgepressten Mehrwerts, ist also fiktives Geldkapital.

Was wäre zu tun? Wir brauchen einen Saldenausgleich. Große Vermögen werden mit einem Teil der Schulden gegengerechnet, unter Schonung kleiner und mittlerer Vermögen. Zunächst wäre ein Zinsmoratorium wichtig: Allein hier könnte die Steiermark jährlich zweistellige Millionenbeträge zur Investition in die Realwirtschaft freispielen.

Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer sagt das Gegenteil: Er spricht in der Kleinen Zeitung vom 2.12.15 vom „Andrehe der Sparschraube“. Er nennt auch bereits die seiner Meinung nach



größten Sparpotenziale: Krankenanstalten, Förderungen und Soziales. Hier trifft er sich mit Landesrat Drexler: „Man darf dem Vernehmen nach aber davon ausgehen, dass in der steirischen Spitalandschaft kein Stein auf dem anderen bleiben wird!“ Die Steirerinnen und Steirer können sich in den kommenden Jahren auf schwere Einschnitte gefasst machen. LH-Stv. Schickhofer wörtlich: „Für Romantik ist keine Zeit, die Einschnitte wird man spüren!“

Wir brauchen einen anderen Finanzausgleich. Derzeit werden fast 70 Prozent der Steuermittel aus Massensteuern aufgebracht. Würden Konzerne und Kapital so besteuert wie Löhne, Gehälter und Umsatz, das Steueraufkommen würde ohne Kaufkraftverlust um mehrere zehn Prozent steigen. Dazu sind weder SPÖ und ÖVP noch die FPÖ bereit.

Tag der offenen Konten

Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ halfen 2015 mit über 120.000 Euro

Zum 18. Mal legten die KPÖ-MandatarInnen am „Tag der offenen Konten“ am 28.12.2015 die Verwendung ihrer Polit-Bezüge offen. Seit Ernest Kaltenecker 1998 Stadtrat in Graz wurde, gilt bei der KPÖ, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. 2015 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg insgesamt € 123.801,96 zur Unterstützung von in Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt.

Elke Kahr: „Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt. Sie wissen nicht wie Menschen mit kleinen Einkommen leben müssen. Deshalb soll es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.“

Die KPÖ setzt sich seit langem für eine Senkung der Polit-Bezüge ein. Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg betonten, dass die alltäglichen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, ein Wegweiser für ihre politische Arbeit sind: „Durch die Gespräche merken wir, wo Veränderungen im System nötig sind. Das fließt auch in unsere Arbeit im Landtag und in den Gemeinderäten ein“, so Klimt-Weithaler.

Als Beispiele nannte Elke Kahr den Kautionsfonds und die Sozialcard in Graz, aber auch die Wohnungssicherungsstelle. Alle drei Einrichtungen gehen auf Anregungen der KPÖ zurück.

In Summe wurden seit 1998 von den MandatarInnen der KPÖ insgesamt € 1.712.984,42 an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt.



Verwendungszweck	Betrag €	Unterstützte
Unterstützung für Lebensbedarf, Gesundheit (enthält Schulkosten, Begräbniskosten, Heilbehelfe, um.)	47.604,98	697
Wohnungssanierungen	2.466,52	14
Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), Verfahrenskosten zur Verhinderung von Delogierungen	30.006,60	165
Strom- und Heizkosten	11.489,85	79
Finanzierung Mieternotruf	12.240,00	
Reparaturen und Anschaffung Haushaltsgeräte	3.050,00	17
Kautionen, Mietvertragsgebühren	16.894,01	104
Spenden	50,00	1
Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen	123.801,96	1077

Glücksspiel: Illegale Automaten aus dem Verkehr ziehen!

„Einhaltung des Gesetzes überwachen – Wildwuchs bei ‚Livewetten‘ stoppen!“

In der Landtagssitzung am 19. Jänner stellte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an Landeshauptmann Schützenhöfer die Frage, was das Land unternimmt, damit Glücksspielautomaten mehr betrieben werden, die nach dem neuen Gesetz seit 1.1.2016 abzuschalten gewesen wären.

LH Schützenhöfer sagte sinngemäß, dass er keine Möglichkeit mehr habe, Personal für die Kontrolle zur Verfügung zu stellen. Allerdings seien Kontrollen durchgeführt worden. Das deckt sich auch mit Informationen der KPÖ, dass vorige Woche mehrere Automaten beschlagnahmt wurden, die illegal betrieben wurden.

Claudia Klimt-Weithaler: „Hoffentlich bedeutet die Antwort des Landeshauptmannes nicht, dass sich das Land jetzt aus seiner Verantwortung zurückzieht. Denn das schlimmste Szenario wäre, dass neben den neuen, legalen Automaten mit den viel zu hohen Einsätzen auch noch alte Automaten weiter betrieben werden. Wir werden darauf achten, dass das Gesetz eingehalten wird. Illegale Automaten müssen aus dem Verkehr gezogen werden!“

Ebenso wichtig ist nun, dass das der Wildwuchs im Bereich der Live- und Sportwetten abgestellt wird. Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten gelten diese in Österreich nicht als Glücksspiel, sondern als „Geschicklichkeitsspiel“. Deshalb gibt es für diese Art des Glücksspiels auch keine besonderen Maßnahmen und Regelungen zur Prävention von Spielsucht. Die KPÖ fordert, Live- und Sportwetten künftig als Glücksspiel einzustufen und entsprechende Schutzbestimmungen einzuführen.

Der Konsumentenschutz stuft Sportwetten als Einstieg ins Glücksspiel ein. Laut einer Studie der ARGE Suchtvorbeugung aus dem Jahr 2011 weist zudem jeder siebente Teilnehmer an Sportwetten ein problematisches oder pathologisches Verhalten auf. Nach Glücksspielautomaten besitzen Sportwetten das größte Gefährdungspotenzial der in Österreich angebotenen Glücksspiele.

Hinzu kommt, dass die Jugendschutzbestimmungen von Wettbüros in vielen Fällen nicht eingehalten werden, wie etwa eine von der Arbeiterkammer Steiermark 2012 in Auftrag gegebene Erhebung zeigt. Viele der Betroffenen vernichten im Verlauf ihres pathologischen Spielverhaltens ihre eigene Existenz und die ihrer

Angehörigen. Deshalb ist die Reglementierung der Sport- und Livewetten dringend notwendig.

Das sind die Vorschläge der KPÖ für die künftige Regelung von für Sport- und Livewetten, über die der Landtag beraten wird:

- Verbot von Wetten während eines laufenden Ereignisses (Livewetten);
- Kombination von mehr als zehn Einzelwetten;

- Verbot von Wetten auf Hunderennen und andere sportähnliche Veranstaltungen, die offenkundig vornehmlich zum Abschluss von Wetten ausgetragen werden;
- Kontrolle der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen in den Wettbüros und Wettcafés;
- Verbot der Bewerbung von Sport- und Livewetten.



Auf Soziales nicht vergessen!

KPÖ-Forderungen zum Landesbudget 2016

Am 15. Dezember wurde das steirische Landesbudget für 2016 beschlossen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Die Arbeitslosigkeit ist hoch wie nie zuvor und die Kosten für Miete und Betriebskosten steigen überproportional an. Immer mehr Steirerinnen und Steirer können sich das tägliche Leben immer schwerer leisten, auch wenn sie eine Arbeit haben. Diese Probleme nimmt die Landesregierung nicht ernst genug. Wir haben deshalb mehrere Anträge eingebracht und die Regierung daran erinnert. Außerdem muss der Missstand, dass der Landtag keine Zahlen mehr erfährt, schleunigst beendet werden.“*

1. Wohnbeihilfe erhöhen!

Die KPÖ fordert, die Wohnbeihilfe über die vorgesehene minimale Anpassung zu verbessern, indem die Auszahlungsbeträge an den Verbraucherpreisindex angepasst werden. Gleichzeitig soll der Wert für das Jahresnettoeinkommen in Hinblick auf den zumutbaren Wohnungsaufwand angehoben werden, damit nicht kleinste Erhöhungen des Einkommens bzw. der Pension sofort durch eine Kürzung der Wohnbeihilfe zunichte gemacht werden. Im schlimmsten Fall kann eine Pensionserhöhung von wenigen Euro dazu führen, dass der Anspruch verloren geht.

2. Unterstützung für Pendler

Durch die Anhebung der Einkommensgrenzen an realistische Bruttowerte sollen mehr Menschen Anspruch auf diese Beihilfe erhalten. Die Distanzen sollen an die Regelungen der Pendlerpauschale (20, 40, 60 km) angepasst werden. Außerdem fordert die KPÖ, dass der Vollzug der Beihilfe wieder vom Land Steiermark

durchgeführt wird. Das Land hat diese Aufgabe unter LH Voves an die AK übertragen.

3. Senkung der Politbezüge

Die KPÖ hat ihre Forderung, die Politeinkommen um rund 30 Prozent – durch Koppelung an den Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionisten – zu kürzen, im Landtag bekräftigt. Wie bereits in der Vergangenheit lehnten dies SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne ab. Bei der KPÖ gilt für Polit-Bezüge eine Obergrenze von 2200 Euro netto im Monat. Der Rest fließt in einen Sozialfonds für Menschen in Notlagen, dessen Verwendung jedes Jahr am Tag der offenen Konten offengelegt wird.

Zur Erinnerung: Die Einkommen der Bürgermeister wurden in der Steiermark erst 2014 je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8 Prozent (!) angehoben. Durch die Indexanpassung verdient der Landeshauptmann ab 2016 16.504 Euro monatlich (14 Mal), sein Stellvertreter 15.635 Euro. Dieser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

4. Budget: Schluss mit der Geheimhaltung!

Aufgrund der in der „Haushaltsreform“ festgelegten Regeln enthält das vom Landtag zu beschließende Budget keine Zahlen mehr. Dieser Blindflug ist höchst gefährlich und stellt auch die Möglichkeit der Kontrolle der Regierung durch den Landtag in Frage. Die KPÖ fordert daher, die vagen „Wirkungsziele“ um nachprüfbare, konkrete Zahlen zu ergänzen.

Dabei sollen auch die entsprechend der Kritik des Landesrechnungshofes am letzten Budget und der § 34 Abs. 1 StLHG berücksichtigt werden, um die Überprüfbarkeit der Zielvorgaben zu gewährleisten.

5. Sozialcard und Weihnachtsbeihilfe

Für Steirerinnen und Steirer mit geringem Einkommen soll endlich eine Sozialcard eingeführt werden. Diese berechtigt zu kostenlosem oder stark ermäßigtem Eintritt zu öffentlichen bzw. öffentlich subventionierten Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen und ermöglicht ermäßigte oder kostenlose Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel.

Außerdem soll die soeben abgeschaffte Weihnachtsbeihilfe der Landesregierung wieder eingeführt werden.

6. Keine Geschäftemacherei mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) sind besonders schutzbedürftig und haben einen erhöhten Betreuungsbedarf. In der Steiermark ist es noch immer gängige Praxis, dass private, gewinnorientierte Betreiber ohne jegliche fachliche Qualifikation Quartiere für jugendliche Flüchtlinge, die ohne Eltern hier leben, führen. Diese Unterbringungspraxis ist aus sozialpädagogischer Sicht absolut nicht vertretbar. Die Landesregierung wird aufgefordert, keine Jugendlichen mehr an Quartiere von privaten gewinnorientierten Betreibern zuzuweisen sowie keine neuen Verträge mit privaten AnbieterInnen mehr abzuschließen.

7. EURATOM-Ausstieg

Im Sinne einer aktiven Atompolitik fordert die KPÖ den Austritt aus EURATOM. Österreich ist trotz seines Neins zur Nutzung der Atomenergie Mitglied und zahlt jährlich mehr als 40 Millionen Euro für die europäische Atomindustrie. Ohne diese Fördermittel wäre die Atomenergie nicht wettbewerbsfähig.